Nr. 98 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 14. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 8.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Demaskierung Frankreichs

Zu gleicher Zeit, da bekannt wird, daß in einer Unterredung Millerands mit Lord Derby, dem britischen Botschafter in Paris, volle Uebereinstimmung über das Frankfurter „Mißverständnis" erzielt worden ist, wird amtlich gemeldet, daß bei einer Besprechung höherer französischer Offiziere am 9. April in Mainz Richtlinien aufgestellt wurden, die nichts weniger als eine Zerstückelung des Reiches zum Gegenstand haben. Die in Paris erzielte Uebereinstimmung ist fraglos dahin zu verstehen, daß sich Frankreich dem Standpunkt Englands angepaßt hat, denn Millerand sowohl wie Bonar Law werden in den Parlamenten die Erklärung abgeben, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht beabsichtigt sei, daß im Gegenteil Frankreich sich bereit erklärt, den besetzten Maingau unter der Bedingung zu räumen, daß sich die deutsche Regierung verpflichtet, die im August-Abkommen vorgesehene Truppenzahl für die neutrale Zone nicht zu überschreiten.

Dieser Rückzug Frankreichs vor dem britischen Stirnrunzeln gewinnt an Interesse, wenn man jene Mainzer Richtlinien der Fochschen Offiziersfreunde entgegenhält. Es sind zwar neue Zweifel laut geworden, die die Glaubwürdigkeit der amtlichen, von Wolff verbreiteten Meldung in Frage stellen — auch der „Vorwärts" versieht die Meldung mit einem Fragezeichen und meint, es sei bedauerlich, daß die deutsche Regierung die Authentizität nicht sofort dokumentarisch nachgewiesen hat —, einen erheblichen Teil Wahrheit enthält diese Nachricht aber auf jeden Fall. Sie mag wahr sein, soweit sie einen förmlichen Plan zur Zerstückelung des Reiches in fünf bis sechs große Bundesrepubliken enthält, denn solche Pläne sind bereits mehrmals wiederholt aufgestellt worden. Aber selbst wenn man den Standpunkt vertritt, daß hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist, so ergibt sich doch aus den Richtlinien eine solche Fülle von „Ideen", die sich mit den tatsächlich von den Franzosen durchgeführten vertragswidrigen Maßnahmen auf dem rechten Rheinufer decken, daß man gut tut, ihnen ernste Beachtung zu schenken.

Es ist wahr, daß Frankreich mit den Unabhängigen und Kommunisten kokettiert, sonst hätte es sich nicht gegen den Einmarsch Watters in das Ruhrgebiet gestemmt. Wahr ist ferner, daß Frankreich vor der deutschen Vereinigung Angst hat und zu seiner Rückendeckung die strategische Rheinlinie haben möchte. Wahr ist endlich, daß ein Geheimvertrag Frankreichs mit Belgien besteht, wonach sich Belgien bereit erklärt, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, wenn es militärisch sich schneller, als es durch die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau möglich wäre, für den erlittenen Schaden im Ruhrrevier schadlos zu halten vermag. Es ist auffällig, daß diese Tatsachen und Wahrheiten mit den Richtlinien der französischen Offizierskamarilla übereinstimmen, denn hier heißt es, Frankreich müsse die mittlere kapitalistische Richtung und die U. S. P. für sich zu interessieren suchen. Es sei ferner notwendig, sich die Rheinlinie zu sichern, um vor den Revancheideen der deutschen Militärkreise gesichert zu sein, und endlich könne Frankreich im Bunde mit dem schwer zerstörten Belgien auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages (!) einrücken und sich festsetzen.

Der Umstand, daß die „Deutsche Zeitung" die amtliche Meldung ohne jeden Kommentar veröffentlicht und sie somit durch sich selbst wirken lassen will, und der Zweifel des „Vorwärts" dürfen nicht dazu verleiten, die Bedeutung dieser Meldung etwa zu übertreiben oder zu verkleinern. Wenn man den Sinn der Richtlinien mit der Geistesverfassung der Franzosen, die erst jüngst durch den Maingauer Raubzug ins hellste Licht gerückt wurde, vergleicht, ist es nicht schwer, in durchaus objektiver Weise festzustellen, daß der französische Zerstückelungsplan einen Teil ihrer Politik bedeutet, um sich den „Erbfeind" endgültig vom Halse zu schaffen. Daß Millerand jetzt vor Englands Unwillen zu Kreuze kriecht und jammert, entlockt bei allem Ernst der Lage doch ein Lächeln. Die Politik Clemenceaus war gewiß nicht fein, aber sie hatte immerhin noch eine gewisse Eleganz, und vor allen Dingen war sie bei aller Entschiedenheit vorsichtig darauf bedacht, England nicht zu verletzen und das Gesicht zu wahren. Millerand dagegen, der sich von Foch die Zügel aus der Hand reißen ließ, war es vorbehalten, Frankreich zu demaskieren. Deutschland kann sich gegen diese Politik nur durch Stärkung seiner inneren Einheit wehren. Aeußere Machtmittel stehen ihm nicht zur Verfügung und wünscht es sich auch nicht, aber die Abneigung Englands gegen französische Extratouren leistet uns eine gewisse Hilfe, die hoffentlich dazu führen wird, daß in San Remo endgültig mit der französischen Gewaltpolitik gebrochen wird.

*

Die Annexionspolitik der Militaristen

WTB. Berlin, 13. April. (Amtlich.) Bei einer Besprechung höherer französischer Offiziere des Okkupationsgebietes, die am 9. April in Mainz stattfand, und die der gegen Deutschland zu befolgenden Politik galt, wurden folgende Richtlinien aufgestellt, die in Uebersetzung wiedergegeben werden:

Die Rheinlinie ist nötig,

um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Revanche-Ideen der deutschen Militärkreise geschützt sind. Wohl ist die Besetzung des linken Rheinufers von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektorabschnitt und einigen sonstigen Kapitalzentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer fundierter Reichtum Preußens. Deshalb müßte dem Pufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufers angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgegend, das Ruhrgebiet und die Düsseldorfer Industrie umfaßt. Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrietechnik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen,

um damit Vorteile für uns zu erringen. Da sich England nicht allzuweit von der Küste engagieren will und wir die Landnachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, solange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsre Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Innere Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Elsaß-Lothringen stark entgegengekommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt. Deutschland wäre am besten in fünf oder sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen, und zwar: 1. Bayern, Baden, Württemberg. 2. Rheinische Republik mit beiden Ufern. 3. Im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansestädte sind dann belanglos. 4. Thüringen und Sachsen als Industriezentren und als Mitteldeutsche Republik. 5. Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teil Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest. — Insbesondere ist

die innere Uneinigkeit der Koalitionsregierung,

die die Gegensätze vom Zentrum bis zum Mehrheitssozialismus umfaßt und dabei gegen die adeligen Offiziere und Beamtenreaktionäre zu kämpfen hat, klug zu benutzen, sowohl positiv wie negativ. Im Bunde mit dem schwer zerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages einmarschieren und uns festsetzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. P. für uns interessieren, als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung, und ihnen glauben machen, daß ihr Elend von Berlin kommt, damit sie auf Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierten, dort einrücken. Bis dahin ist der rechte Flügel befestigt und administrativ beruhigt. Haben wir aber die beiden Flügel, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt wie aus einer Zange uns von selbst zu, und damit wäre

die rheinische Republik geschaffen,

aber auf beiden Seiten des Rheins. Der Generalstreik ohne U. S. P. und Bürgerliche ist in der rheinischen Republik unmöglich, besonders unter dem Belagerungszustand. Er fällt auf die Mehrheitssozialisten und eventuell die Demokraten zurück. Zielbewußte kluge Politik setzt uns in 1 bis 2 Jahren in Besitz dessen, was Foch will, nämlich der militärischen Rheingrenze mit starken Brückenköpfen, ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unserer Alliierten."

*

Die üblichen Drohungen

Genf, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet am Montag: Nach Mitteilung der Ueberwachungskommission ist die letzte Forderung an Deutschland, seine militärischen Kräfte bis 10. April auf den Stand des Friedensvertrages herabzusetzen, nicht erfüllt worden. Die Ergreifung von neuen Exekutionsmaßnahmen gegen Deutschland wird die erste Folge dieser abermaligen Vertragsverletzung sein.

*

Zur Verschleierung des Rückzugs

ITA. Köln, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Der „Temps" bringt eine halbamtliche Mitteilung, aus der man entnehmen kann, daß der englisch-französische Zwischenfall wegen der Besetzung der Städte im Maingau unmittelbar vor seiner Beilegung steht. In der Meldung sagt der „Temps" — und daraus konnte man schließen, auf welcher Grundlage die Einigung erzielt worden ist —, man erinnere sich, daß die deutsche Regierung die Verlängerung des Augustabkommens über die Polizeitruppen in der neutralen Zone, die am 10. April abgelaufen war, verlangt habe. Alle Maßnahmen, die in der vorigen Woche gegen verschiedene deutsche Städte getroffen wurden, seien ergriffen worden, weil die Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrages verletzt worden seien. Der Rückzug der Truppen aus dem Ruhrgebiet, den man schon angezeigt habe und dem wohl auch ein gewisser Druck von London und Berlin nicht ganz fernstehe, lasse das demnächstige Ende der außerordentlichen Lage voraussehen, die durch den französischen Vormarsch auf Frankfurt entstanden sei. Man hoffe in London, daß die Krise, wenn es überhaupt eine Krise gebe, von heute an beendet sei.

*

Ein Protest der französischen Gewerkschaften

* Zürich, 13. April. Der ständige Ausschuß des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes hat einmütig einen Protest gegen das Eingreifen der Reichswehr im Ruhrgebiet und gegen die Besetzung von Frankfurt a. M. und andrer Städte durch französische Truppen angenommen. Er verlangt die sofortige Räumung des rechten Rheinufers durch die französischen Truppen.

*

Die Zahl der französischen Truppen

Rotterdam, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Den Botschaftern der Entente in Berlin wurde die französische Truppenstärke im besetzten Maingau mit 13 000 Mann angegeben.

*

Requirierung von Lebensmitteln

Mannheim, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Darmstadt wurden durch die französische Besatzungsbehörde von der Stadtgemeinde Lebensmittel für die Besatzung in beträchtlicher Höhe angefordert. Der Oberbürgermeister erklärte, daß die Stadt hierzu nur imstande sei, wenn sie die bisherigen Rationen auf die Hälfte herabsetze.

Millerands Stellung erschüttert?

Paris, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" berichtet in seiner letzten Nummer, daß Millerand seine angekündigte Erklärung erst Donnerstag abgeben wird. Heute nachmittag soll er vor der Kammer für auswärtige Angelegenheiten erscheinen, um über die Aktion am rechten Rheinufer zu berichten und die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu klären. In Schweizer diplomatischen Kreisen ist die Ueberzeugung allgemein, daß diese Rede Millerands sein Schwanengesang sein wird und daß sich die Lage so sehr zugespitzt habe, daß Millerand als Ministerpräsident wahrscheinlich nicht mehr an der Konferenz von San Remo teilnehmen wird.

*

Die Schwarzen aus Frankfurt zurückgezogen

Von unserm W-Mitarbeiter

Frankfurt a. M., 13. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Polizeistunde ist jetzt wieder auf 10 Uhr festgesetzt worden, in Rücksicht auf das ruhige Verhalten der Einwohnerschaft. Wie es in einer Bekanntmachung heißt, haben die Franzosen jetzt die schwarzen und farbigen Truppen aus der Stadt zurückgezogen, die sich jetzt in leerstehenden Gebäuden der Außenstadt befinden. Eine Anzahl ist auch in der Universität untergebracht. Dort ist es zwischen einem Studenten und einem Schwarzen zu einer Schikanerei gekommen und deshalb mußten, wie der Rektor in einem Anschlag am schwarzen Brett mitteilt, alle Universitätsinstitute geschlossen werden und solange geschlossen bleiben, solange die Besetzung dauert.

Nicht beruhigend wirkt ein Plakat an der Post, in dem bekanntgegeben wird, daß nach dreimaligem Blasen geschossen wird. Den Franzosen ist gestern zum erstenmal erlaubt worden, sich unter die Bevölkerung zu mischen. Sie haben davon reichlich Gebrauch gemacht und eine große Anzahl hat namentlich die Messe besucht. Es ist ihnen anbefohlen worden, nicht allein auszugehen. Es werden weitere Wohnungen requiriert und die Villenbesitzer fühlen sich sehr eingeengt.

Die Franzosen haben in einer offiziellen Bekanntmachung das Gerücht dementiert, daß sie Aschaffenburg besetzt hätten. Daß dieses Gerücht auf Wahrheit beruhe, ist von niemandem behauptet worden. Tatsächlich hatten sie aber einzelne bayrische Orte besetzt, vor allem Stockstadt. Doch hat sich ein Leutnant entschuldigt und er hat dem Bürgermeister erklärt, er habe nicht gewußt, daß Stockstadt bayrisch sei. Die Truppen sind darauf wieder zurückgezogen worden. Inzwischen sind neue Truppen angekommen und ist der gesamte Landkreis Hanau, westlich der Bahnlinie Hanau—Friedberg, außerdem die Pulverfabrik Hanau und ihre Umgebung von französischen Truppen besetzt worden. Die Schwarzen sollen übrigens heute abtransportiert werden. An ihre Stelle sollen neue Truppen aus Nancy kommen. Auch wird ein Bataillon Belgier erwartet.

Etwas verspätet hat der französische General, jedenfalls auf Anweisung von Paris aus, den Frankfurter Zeitungen den Befehl erteilt, die deutsche Protestnote erst dann zu veröffentlichen, wenn die französische Antwortnote eingetroffen ist, um beide Texte miteinander erscheinen zu lassen. Die deutsche Protestnote ist aber längst von den Frankfurter Blättern veröffentlicht worden.

*

Die Verlegung nach Wiesbaden

* Basel, 13. April. Aus Paris wird gemeldet: Infolge der Zwischenfälle mit farbigen Truppen in Frankfurt ist verfügt worden, daß diese Truppen durch weiße ersetzt werden sollen. Wie aus Wiesbaden berichtet wird, werden die Farbigen nach Wiesbaden verlegt und durch die französische Eiserne Division ersetzt werden.

*

Errichtung französischer Banken

Rotterdam, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Die Vereinigung der Pariser Banken beschloß die Errichtung von Zweigunternehmungen und den Erwerb von solchen im besetzten Gebiet einschließlich Frankfurt.

*

Zwei Bündnisse?

* Zürich, 13. April. In der Pariser Presse wird berichtet, daß Japan in dem gegenwärtigen Konflikt sich auf die Seite Frankreichs stellt, indem es erklärt, daß es gegen die Besetzung deutscher Städte durch französische Truppen nichts einzuwenden habe. Man darf annehmen, daß sich innerhalb der Alliierten gegenwärtig zwei Bündnisse gegenüberstehen. England, Italien und die Vereinigten Staaten auf der einen Seite, Frankreich, Japan und Belgien auf der andern Seite. Was Belgien betrifft, so melden Pariser Blätter, daß der Abschluß eines besonderen französisch-belgischen Bündnisses zu erwarten sei. Luxemburg soll, soweit der Nutzen seiner Eisenbahnen in Frage kommt, in diesem Abkommen eingeschlossen sein.

Leon Bourgeois zum Ausbau des Völkerbundes

Havas meldet aus Paris: In einer Unterredung erklärte Leon Bourgeois, daß der Völkerbund weit davon entfernt sei, ein theoretischer Organismus zu werden. Im Gegenteil, seine Nützlichkeit und sein großer Wert seien unverkennbar und unumstößlich. Der beste Beweis dafür sei, daß schon verschiedene Nationen sich wegen besonders schwieriger Fragen an den Bund gewandt hätten. Das beste Beispiel dürfte Armenien geben. Der Rat habe sich eingehend mit dem Schicksal dieses Landes beschäftigt. Jedoch sei die dortige Lage sehr schwierig. Armenien sei ein sehr unruhiges Land. Ein bloßes Kompromiß irgendeines Rates würde dort nichts ausrichten können. Dem Völkerbund fehle es aber nicht nur an einem Budget, sondern auch an den nötigen Machtmitteln, um Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Es bliebe nichts andres übrig, als den Völkerbund mit allen Mitteln auszustatten, die ihm ein segensreiches Handeln ermöglichten.

Die Protestrede des Reichskanzlers

Das April-Finale der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung setzte am Montag mit einem kräftigen Auftakt flammender Proteste ein. Zunächst protestierte Präsident Fehrenbach gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Entente in Oberschlesien, die dort die Mitglieder der Nationalversammlung, ja sogar des Provinziallandtages, an der Ausübung ihrer Mandate verhindere. Durch Ausrufe des Staunens und der Entrüstung unterstrichen die Abgeordneten diesen Einspruch, dem sich namens der Reichsregierung der neue Reichskanzler anschloß. Daß wir uns gegen Vergewaltigungen nur mit — Entrüstung wehren können, das bezeichnet mit bitterem Hohn unsre völlige Wehrlosigkeit. Entrüstung als Abwehrwaffe, die einzige, die uns geblieben ist! Und auch die wird noch geschwächt durch den häufigen Gebrauch, zu dem wir durch das Verhalten unsrer rücksichtslosen Gegner gezwungen sind. Immerhin — sie muß angewendet werden, schon weil so allein immer wieder die Aufmerksamkeit der Welt auf das Unrecht, das uns angetan, die brutale Gewalt, die an uns geübt wird, hingewiesen werden kann.

Die würdigen und teilweise sehr glücklichen Worte, die der Reichskanzler fand, um das völlig ungerechtfertigte Vorgehen der Franzosen im Maingau zu brandmarken und auch hiergegen feierlichen Protest zu erheben, machten in der Nationalversammlung einen starken Eindruck und werden sicherlich auch draußen in der Welt nicht wirkungslos verhallen. Der leitende deutsche Staatsmann konnte gerade aus den Vorwürfen, die in Deutschland gegen die Regierung wegen ihres langen Zögerns im Ruhrgebiet erhoben worden sind, den Nachweis führen, daß sie sich zum Eingreifen erst im äußersten Notfall entschlossen hat, als kein andres Mittel mehr geblieben war. Ueberall sonst hat man das eingesehen und verstanden, nur in Frankreich nicht, weil man es nicht verstehen, weil man Scheingründe haben wollte, um gegen Deutschland vorzugehen. Der Reichskanzler fand scharfe und packende Worte zur Kennzeichnung des französischen Militarismus und löste damit wiederholt lebhaften Beifall und laute Zustimmung aus. Namentlich als er von der „neuesten Orgie des französischen Militarismus" sprach und die Republik Frankreich als die einzige Macht hinstellte, die aus dem Banne ihrer Generale nicht herauskomme.

Man hat jedenfalls lange nicht vom deutschen Regierungstisch eine so unverblümte und starke Sprache gegen den westlichen Nachbarstaat vernommen, und man wird auch in der deutschen Oeffentlichkeit zustimmen, wenn der Kanzler die militärische Vergewaltigung Deutschlands durch Frankreich eine Sünde an Europa, ein Verbrechen am französischen und deutschen Volke nannte. In diesem Zusammenhang prägte er einige Sätze, die man nur unterschreiben kann. So, daß nur Krieg oder Frieden sein könne und daß es ein Drittes nicht gebe, wenn nicht Sieger und Besiegte von der Anarchie überwunden werden sollen. Oder: daß das Duell Frankreich-Deutschland endlich aufhören müsse. Oder wenn er die Chauvinisten aller Länder „Bundesgenossen" nannte.

Indem der Reichskanzler natürlich den Gegensatz zwischen Frankreich und den andern Signatarmächten in der Frage des Vorgehens gegen den Maingau sich nicht entgehen ließ, knüpfte er daran doch keine übertriebenen Hoffnungen, hob vielmehr zutreffend hervor, daß die Entente im übrigen geschlossen vorgehe, so in der Frage der Entwaffnung Deutschlands und aller sonstigen Punkte des Friedensvertrages. Jedenfalls aber war die Haltung des Reichskanzlers gegen den neuesten französischen Gewaltakt so fest und entschieden, wie dies unter den gegebenen Verhältnissen nur irgend möglich ist.

Wenn der Reichskanzler sich dann auch noch gegen jede Nebenregierung erklärte, so war es nur logisch, daß er nicht für eine Partei oder bestimmte Klassen Ausnahmen zuläßt. Entweder leben wir in einem Staate der Gleichberechtigung oder — Deutschland ist überhaupt kein demokratischer Staat. Wer einen Diktaturversuch von rechts mit allen Mitteln bekämpft, setzt sich außerhalb des Rechts, wenn er Diktaturversuche irgendwelcher Art von links unterstützt. Und wenn man dem Reichskanzler daraus, daß er eine Nebenregierung der Gewerkschaften ablehnt, einen Vorwurf machen will, so ist das — ganz abgesehen davon, daß es sich ja um Eingriffe in die Verfassung handelt, in Verfassungsrechte, in die Freiheit der Staatsbürger, die man dadurch mindern Rechts erklären würde — sogar im Parteiinteresse der Radikalen und Radikalsten kurzsichtig genug. Denn was die innerpolitische Wirkung angeht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß das zu einer Art Nebenregierung ausgeartete diktatorische Vorgehen des Gewerkschaftsbundes die entschiedene Abweisung durch den Reichskanzler herausforderte, einmal um der Erhaltung der Reichseinheit willen, der, darüber darf man sich nicht täuschen, Gefahr droht, weil das Vorgehen der Gewerkschaften in Berlin starke Mißbilligung in Süddeutschland erfahren hat. Dann aber ist unsre innere Lage viel zu schwierig, als daß wir uns den Luxus von Zerwürfnissen unter den Mitgliedern der Reichsgemeinschaft leisten könnten. Auch deshalb mußte der Reichskanzler den Gewerkschaften zu verstehen geben, daß die Regierung an den demokratischen Grundsätzen festhält und eine Einschmuggelung des Rätesystems nicht dulden wird.

Der Reichskanzler hat also nur diejenigen enttäuscht, die eine Parteirede, eine antidemokratische Gesinnung von ihm hören wollten. Auf alle andern machte die übrigens kurze Rede im ganzen einen sehr guten Eindruck und fand, soweit sie sich auf den Hauptgegenstand bezog, ungeteilte Zustimmung. — Dagegen erweckte seine Darstellung der Ursachen des Aufstandes im Ruhrgebiet auf der Rechten mehrfachen Widerspruch, der in der am Dienstag beginnenden Aussprache weiteren Ausdruck finden dürfte. Daß es dabei recht lebhaft und lärmend zugehen wird, kündigten die zahlreichen Zwischenrufe aus den Reihen der Deutschnationalen deutlich an.

Am besten wehrt sich eine Regierung, die weder die Kapp und Lüttwitz, noch die Aufrührer von der Gegenseite schlapp behandelt, oder mit ungleichem Maß mißt. Gerechtigkeit bleibt nun einmal das Fundament jeder Regierung. Darin darf man sich von keiner Seite einschüchtern lassen. Dann bleiben auch Vorwürfe nicht haften, die sonst mit Recht und schließlich auch mit der Wirkung des Rechts von der Opposition erhoben werden können. ...

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200414/1